

(Abgeordneter Günther.)

- (A) Teile der Bevölkerung ein Überverbrauch der eingekellerten Kartoffeln festzustellen gewesen sei. Meine Herren! Das war eine derartig erfreuliche Mitteilung, daß auch diejenigen die Maßnahmen der Regierung als richtig anerkennen mußten, die seinerzeit Bedenken trugen, zu der Einkellierung im Herbst für die Zeit bis Mitte April 1918 sich zustimmend zu äußern. Der Hauptgrund, der seinerzeit geltend gemacht wurde, war das Bedenken, daß durch den Überverbrauch die eingekellerten Kartoffeln frühzeitig aufgezehrt werden würden. Diese Bedenken haben sich nur zu einem ganz kleinen Teile als gerechtfertigt erwiesen, so daß man im ganzen betrachtet die Maßnahme der Königlichen Staatsregierung als eine durchaus gelungene bezeichnen darf. Es ist aber natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß irgend etwas für diejenigen getan werden muß, die ihre Kartoffeln frühzeitig aufgezehrt haben. Da besteht die Möglichkeit, daß die Kartoffeln, die noch auf die Kartoffelkarte C geliefert werden, schon vielleicht frühzeitiger den Betreffenden, zu einem Teile wenigstens, zur Verfügung gestellt werden, mit anderen Worten, daß diejenigen, die ihre Kartoffeln, die sie eingekellert hatten, frühzeitig aufgezehrt haben, sich von jetzt ab mit denjenigen Mengen begnügen müssen, die ihnen auf die Kartoffelkarte C geliefert werden. Der Herr Kollege Fräßdorf hat ja auch auf die Kohlrüben hingewiesen. Ich hätte nichts einzuwenden, wenn man vielleicht auch einen Ausgleich nach dieser Richtung hin suchte und den betreffenden Personen etwas mehr Kohlrüben zur Verfügung stellte, wiewohl dies ein Nahrungsmittel ist, das sich keiner besonderen Beliebtheit erfreut.

Es ist hier bei dem Antrag der Rechenschaftsdeputation, Druckfache Nr. 108, sehr viel über Riff. 2 gesprochen worden. Diese Aussprache hat mich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Es ist unbedingt nötig, daß zunächst Kartoffeln, die ein Hauptnahrungsmittel in der Kriegszeit für uns bilden, in ausreichender Menge für die Bevölkerung und für das Heer zur Verfügung gestellt bleiben. Ich möchte aber davor warnen, daß man sich etwa der Hoffnung hingibt, daß nach der Ernte sobald als möglich den Erzeugern größere Mengen Kartoffeln freigegeben werden möchten, die man zu den von mir erwähnten Zwecken nicht mehr braucht. Worauf sollen sich denn die Königliche Staatsregierung bzw. die zuständigen Stellen im Reiche stützen? Zunächst doch auf die vorläufige Schätzung der Kartoffelernte, wie überhaupt die Ermittlung der Ernteergebnisse zunächst auf Schätzungen beruht. Und wir wissen aus den letzten Kriegsjahren, daß derartige Herbstschätzungen der neuen Ernte, wenn dann die tatsächlichen Ergebnisse festgestellt wurden, wesentlich anders, vielleicht ungünstiger waren, als man früher angenommen hatte. Jedenfalls

muß man erst abwarten, in welchem Umfange tatsächlich (C) die neue Kartoffelernte ausgefallen ist, ehe man eine derartige Freigabe von Kartoffeln an die Erzeuger verfügen kann.

Meine Herren! Ich muß mich im Gegensatz zu Herrn Kollegen Seger doch dafür aussprechen, daß den Erzeugern, unseren Landwirten, wie es unter a, b, c, und d vorgeschlagen wird, an die Hand gegangen wird. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß Vorsorge getroffen werden muß, daß gutes Saatgut zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Im vorigen Jahre hat es daran gemangelt. Ich will auf dieses Thema aber nicht besonders zu sprechen kommen. Es mag genügen, wenn wir erklären, daß wir für diese Maßnahmen volles Verständnis besitzen, und es ist auch der mittlere und kleine Landwirt, überhaupt die Landwirtschaft, gar nicht in der Lage, preiswerte und ausreichende Düngemittel, jedenfalls nicht für alle landwirtschaftlichen Betriebe zu beschaffen, auch nicht ausreichende tierische und menschliche Arbeitskräfte, wenn nicht andere Faktoren dabei mit in Wirkung treten, wenn nicht von der Heeresleitung Spannvieh freigegeben wird, und wenn nicht Beurlaubungen erfolgen von Personen, die in der Landwirtschaft tätig waren, um den Angehörigen bei der Feldbestellung zu helfen. Ich verstehe nicht, wie man das von seiten des Herrn Abgeordneten Seger als Prämienwirtschaft bezeichnen (D) kann. Ich würde es als eine große Nachlässigkeit ansehen, wenn von seiten der verantwortlichen Regierungsstelle nicht das getan würde, was hier verlangt wird,

(Sehr richtig!)

und ich freue mich, feststellen zu können, daß von seiten der Königlichen Staatsregierung, soweit gutes Saatgut für die Kartoffelbestellung in Frage kommt, bereits die nötigen Maßnahmen durchgeführt worden sind. Jedenfalls zu einer Zeit, wo noch nicht das letzte Wort in der Rechenschaftsdeputation der Zweiten Kammer gesprochen war, hat die Regierung schon dafür Sorge getragen, wie uns kürzlich in einer Sitzung des Ernährungsbeirates mitgeteilt wurde, daß ausreichendes Saatgut für die Kartoffelerzeugung beschafft worden ist. Wenn noch Betriebsmittel zur Inbetriebsetzung von Maschinen, wie Benzol usw., bereitgestellt werden, so ist das selbstverständlich, da niemand von sich aus genügend Betriebsmittel beschaffen kann, wenn nicht die zuständige Stelle beziehentlich die Königliche Staatsregierung dafür Sorge trägt. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und ich verstehe nicht, wie man überhaupt dagegen reden kann.

(Zuruf: Er hat auch in der Deputation dafür gestimmt!)